

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 49, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengezeigte Zeile oder deren Raum 80 Pfg., Veramkungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 298.

Montag, den 22. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Die bequeme Demagogie.

Nach fünfjährigem Niesenkrieg geht es keinem Volke gut. Am schlechtesten geht es natürlich dem geschlagenen deutschen Volk. Nun ist die Methode der Demagogie unendlich einfach: Die Deutschnationalen sagen: die Revolution ist an allem Unglück schuld. Ohne die Revolution hätten wir strahlend geblüht (Ludendorff bezeichnet in seinen Kriegserinnerungen den 28. Oktober als den Tag der Kapitulation!) und stünden heute groß da. Die gegenwärtige Regierung ist ohnmächtig und unfähig. Eine monarchische Regierung bekäme von aller Welt Kredit. Die Zwangswirtschaft ruiniert und vergiftet das deutsche Volk. „Wir müssen zu den gesunden Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaft zurückkehren.“ (So wörtlich der deutschnationale Parteiführer Abg. v. Kardorff.) Ein paar Redensarten über die Zuwanderung aus dem Osten, das Schiebertum, die ruinöse Arbeitslosenunterstützung und den verhängnisvollen Achtfundentag — und die schönste deutschnationale Agitationsrede ist fertig.

Die „Unabhängigen“ aber sagen: schließen wir uns an Moskau an, und Moskau (das verhungert) wird uns Lebensmittel und Rohstoffe geben. Auch haben wir Kredit in der ganzen Welt, sobald wir den herrschenden Roste-Militarismus abschaffen. Das Glend wäre lange nicht so groß, wenn die Rechtssozialisten rechtzeitig Revolution gemacht hätten. Nur eine wahrhaft revolutionäre Räterregierung könne das deutsche Volk aus dem Glend befreien. Aber die jetzige Regierung sei Schwächling der Agrarier und wüchere das Volk in der unerhörtesten Weise aus. Ein paar Redensarten über das Schiebertum, die riesenhaften Kapitalprofite, den Prinzipienverrat der Mehrheitssozialisten, die Durchlöcherung der Zwangswirtschaft — und die schönste „Unabhängige“ Agitationsrede ist fertig.

Die Wahrheit ist demgegenüber außerordentlich einfach: Deutschlands Wirtschaft war durch den Krieg ungefähr vollständig ruiniert. Die Arbeitsluft nach Kriegsende war gleich Null. Die Ernährungsausrichtungen waren im Dezember 1918 so schlecht, daß der „unabhängig“-kommunistische Volksbeauftragte Merges (Braunschweig) stöhnte; es sei eine Dummheit gewesen, gerade jetzt die Regierung zu übernehmen. Mit unendlicher Mühe in unausgeheurer täglicher Arbeit hat die Regierung die Wirtschaft allmählich wieder verbessert und das durch Auflösung aller Ordnung übermächtig gewordene Schiebertum zurückgedrängt. Sie hat dabei so energisch zugegriffen, daß die gesamten Gastwirte Berlins zum Zeichen des Protestes zwei Tage lang ihre Wirtschaften geschlossen hielten.

Die Politik und besonders die Wirtschaftspolitik gleicht dem Winterport. Blühschnell ist man auf dem Rodelschlitten unten angelangt, und wenn so ungeschickte Führer am Steuer sitzen, wie Deutschland sie zu seinem Unglück gehabt hat, kommt man sogar zerquetscht und zerhackt an. Berganwärts aber muß man den Schlitten geduldig Schritt für Schritt hinter sich herziehen, und gewiß dünkt sich mancher Klüger, der am warmen Ofen sitzt und schimpft. Die Regierung hat durchgesetzt, daß bisher das Volk zu essen hatte. Nicht genug, nicht satt, nicht sehr gut, aber immerhin blieb es aus der Hunger nach Petersburger oder Wiener Beispielen bisher erspart. Seit Monaten steigt die Kostensförderung. Allein in den letzten vier Monaten sind 35 000 Bergarbeiter im Ruhrrevier neuangesiedelt worden. Eine weitere großzügige Siedelung ist in Vorbereitung. Die Arbeitslosigkeit war im September d. J. auf 2,2 Prozent und damit unter den Stand vor dem Kriege gesunken. Aber die Regierung arbeitet unermüdlich weiter daran, sie noch mehr herabzumindern.

Diese Arbeit wird ihr aufs Ungeheuerlichste erschwert durch die Rüstung der „Unabhängigen“ und durch ihre ewigen Denunziationen bei der Entente, durch den skrupellosen Egoismus deutschnationaler Kapitalisten und Agrarier, die sich nicht scheuen, dem Ausland zuzuräumen, daß unter dieser Regierung Deutschland bankrott werden müsse, daß sie aber nicht mehr lange machen werde. Und dieselben Schuldigen führen dann heuchlerisch demagogische Klagen darüber, daß die Regierung nicht rascher Besserung wählt.

Ob die Wähler den Schwindel noch vor den Wahlen durchhalten werden — wer kann es wissen? Wenn aber, wie am letzten Freitag, die Rechtsparteien interpellieren, daß die Festbeschlüsse nicht mehr auskommen können und zugleich die Weltmarktpreise, also eine vielfache Preiserhöhung, fordern und wenn dann bei dieser großen Aktion die Interpellanten keine 30 Mann zur Stelle haben, sobald ihr Antrag auf Besprechung der Angelegenheit nicht genügend unterstützt wird, dann wird der Schwindel doch faulbid und auch für den Einfältigsten handgreiflich. Und darum hoffen wir darauf, daß diese Demagogie schließlich nicht mehr verfangen wird.

Von der Beruhigung Europas hängt die Zukunft der gesamten Zivilisation ab.

England muß helfen, Deutschland wieder herzustellen, und schnellsten Frieden schließen.

Der unlängst von einem Besuch Deutschlands nach England zurückgekehrte Herausgeber des „Statist“ und Finanzberater der englischen Regierung, Sir George Paish, schreibt in der internationalen „Review“, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien nicht vor einem Jahre

erfolgen können. Es sei nutzlos, darauf zu warten. In Deutschland fehle alles: Kleidung, Lebensmittel, Brennstoffe, Geld und Kredit. Die Umwälzung in Deutschland warte auch Frankreich, Italien und sogar England verunsichert. Der Ententevölkerbund müßte sich der Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht klar werden. Ohne Rohstoffe für seine Fabriken und Lebensmittel für seine Bevölkerung könne Deutschland keine Wiedergutmachung leisten. Um Frankreich wieder herzustellen, müsse man Deutschland wieder herstellen. Eine Gefahr des Wiederauflebens des Militarismus in Deutschland bestehe nicht. Deutschland habe sich durch die unerträglichen Leiden der Kriegsjahre geändert. England habe jetzt die beste Gelegenheit, die es je hatte, eine der größten Nationen der Welt, nämlich Deutschland, für seine gegen den Militarismus gerichtete Politik zu gewinnen.

Im Unterhause sagte Lord Cecil: Der Friede müsse sobald wie möglich in Kraft treten. Eine Revolution könne in keiner Hinsicht für die Alliierten von Vorteil sein und könne eine verhängnisvolle Wirkung haben. Der Fall der jetzigen deutschen Regierung würde nur zu drei Dingen führen können, und zwar zu einem vollkommenen Chaos oder zu einer Regierung der äußersten Linien oder zu einer militärischen Reaktion. Keines von diesen drei Dingen könne den Alliierten von Nutzen sein. Cecil drang auf rasche Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland und sagte, die wahre Ursache des Bolschewismus und der revolutionären Ausschreitungen sei der Hunger. Solange die Lage im Ausland so verwickelt bleibe, werde England niemals zum Frieden in der Industrie und zur Wohlfahrt gelangen. Lloyd George erklärte: bei der heutigen Lage in Europa müsse England dafür sorgen, daß England gesund bleibe; davon hänge die Zukunft der gesamten Zivilisation ab. Mit Bezug auf den Völkerbund erklärte Lloyd George, er zweifle nicht daran, daß Amerika Mitglied des Bundes werden wird. Wenn man zu dem Völkerbund komme, dann müsse es allerdings ein Bund von gleichwertigen Nationen sein. Ohne im geringsten eine Vermutung darüber zu äußern, was Amerika tun oder vielleicht tun wird, muß ich doch erklären, daß der Völkerbund von so großer Wichtigkeit für den Frieden des unruhigen Europas ist, daß die Regierung überzeugt ist, daß England auf jeden Fall auf dem Wege des Völkerbundes weitergehen muß.

Ungarn stellt Bedingungen für den Friedensschluß.

Budapester Blätter veröffentlichen den Wortlaut der Antwortnote, die die ungarische Regierung am Mittwoch, dem 17. d. M., an den Obersten Rat in Erwiderung auf die letzte Mitteilung Clemenceaus abgefaßt hat. Die Regierung Huszar erklärt in dieser Note, daß die ungarische Nation den Friedensschluß sehr leicht und rasch herbeiwünscht, aber so lange nicht in der Lage sei, über den Frieden zu verhandeln, so lange die Verbündeten der Entente, d. h. die Rumänen, ungehindert durch den Obersten Rat, das nationale Gefühl der Ungarn mit Füßen treten und die wirtschaftlichen Vorbereitungen für einen Wiederaufbau in dem sich jetzt vor dem Friedensschluß gänzlich ungerechtfertigter und völkerrechtswidriger Weise verkleinerten Ungarn gefährden könnten. Unter solchen Umständen, so führt die Note weiter aus, sieht sich die ungarische Regierung in die Lage versetzt, die Friedensdelegation nach Neuilly nur dann zu entsenden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Wenn der Oberste Rat die sofortige Räumung der besetzten ungarischen Gebiete entsprechend den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags anordnet;
 2. wenn die alliierte Kommission zur Untersuchung der unzureichenden Requisitionen der Rumänen eingesetzt und Rumänien vertragsmäßig die Pflicht auferlegt wird, den verursachten Schaden wieder gut zu machen;
 3. wenn die von den Rumänen gefangen gehaltenen drei ungarischen politischen Persönlichkeiten, die in die Friedensdelegation ernannt wurden, freigesetzt werden.
- Wie zu dem letzten Punkt bemerkt sei, ist eine der drei erwähnten Personen ein Deutsch-Ungar, nämlich der schwäbische Professor Dr. Malbach aus dem Banat, der als Sachverständiger für die Lage der schwäbischen Banater Bevölkerung die ungarische Delegation nach Neuilly begleiten sollte und bei von den Rumänen, die das Banat gegenwärtig besetzt halten, interniert worden ist.

Pariser Widerprüche.

Ueber die Art der von Deutschland zu fordernden Kompensationen herrschen nach Meldungen aus Schweizer Quelle zwischen den Hauptbeteiligten noch immer Meinungsverschiedenheiten. Die englischen Delegierten halten an den Forderungen des Protokolls vom 1. November fest, zu dessen Abänderung sie ohne ausdrückliche Zustimmung der englischen Regierung nicht ermächtigt seien. Aber auch innerhalb der französischen Delegation selbst machen sich entgegengelegte Strömungen geltend. Die Marinejägerverbände verlangen vor allem die Ablieferung leichter Kreuzer, während die politischen Kreise eine Regelung auf Grund der deutschen Vorschläge, die bekanntlich Verteilung der Ablieferung auf mehrere Jahre vorsahen, bevorzugen dürften. Diese Gegenständigkeit der Auffassungen brachte es mit sich, daß in dem Augenblick, als die französische Delegation bereits im Begriffe war, die deutschen Vorschläge anzunehmen, dem

Admiralstab ein veto erfolgte, dem sich die Delegierten fügen mußten. Da auch die Regelung dieses Zwischenfalles einige Zeit erforderlich dürfte, wurden die deutschen Sachverständigen ersucht, genauere Angaben zu machen:

1. über die Zahl der im deutschen Besitz befindlichen Schwimmdocks,
2. über den Zeitraum, in welchem die deutschen Werften Kriegsschiffe zum Ersatz der fünf leichten Kreuzer und der Schwimmdocks bauen könnten.

Die Aussichten der deutschen Wirtschaft.

In der Generalversammlung der A. E. G., die am Sonnabend stattfand, äußerte sich Dr. Rathenau, einer unserer führenden Industriekapitäne, über die zukünftigen Aussichten der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft. Er führte nach dem „S. T.“ etwa folgendes aus:

Die Güternormierung, die eine Folge des fürchterlichen Weltkrieges ist, hat mit dessen Beendigung nicht aufgehört und dauert auch jetzt noch fort. Man könne eine Verminderung aller sichtbaren Kapitalgüter feststellen. Hand in Hand damit gehe die Verminderung der Arbeitskraft, die in der Herabsetzung des früheren neunstündigen Arbeitstages auf 8 Stunden mit ihren Ausdrücken finde. Die jetzigen geringen Produktionsmittel seien nicht hinreichend, um den Ausgaben, die die Zukunft an die Weltwirtschaft stellt, zu genügen. Eine der wichtigsten Hauptaufgaben der nächsten Zukunft sei der Aufbau des Ostens sowie der Nordfrankreichs und Belgiers. Im allgemeinen könne man nur sagen, daß die Bilanz der Weltwirtschaft eine sehr trübe sei. In der ganzen Welt mache sich ein ungeheurer Warenbedarf bemerkbar. Früher sei die Produktion dem Konsum nachgefallen, jetzt sei es umgekehrt. Trotzdem könne man aber nicht von einer Hochkonjunktur sprechen, da die Produktionsfähigkeit gegen früher nachgelassen habe. Die deutsche Industrie müsse, wenn sie auf dem Weltmarkt weiter ihre führende Bedeutung zurückgewinnen wolle, auf eine Konzentration und Betriebsvereinfachung hinwirken. Durch das Sinken des Geldwertes habe sich ein großer Kapitalbedarf der gesamten deutschen Industrie bemerkbar gemacht. Zu Anfang des Jahres seien, auch von Seiten der zuständigen Behörden, Äußerungen ausgesprochen worden, welche auf die Notwendigkeit hinwiesen, die in den nächsten Jahren von der Industrie dringend benötigt werden. Die deutsche Regierung habe jedoch dem Drängen dieser Kreise nachgegeben und für viele Wirtschaftszweige den freien Handel eingeführt. Dieser „Diktator des freien Handels“ sei das Beeinträchtigen deutscher Ware im Ausland und das rapide Sinken des Marktwertes zu verdanken. Auch das Offenhalten der deutschen Grenzen, ein Zustand, der in einem zivilisierten Lande bisher ohne Beispiel war, sei für die deutsche Wirtschaft katastrophal schädlich gewesen. Es sei dringend erforderlich, daß die technische Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie wieder gefördert werde, damit sie die Aufgaben, die ihr gestellt werden, erfüllen könne. Wenn erst wieder die Höhe der Leistungsfähigkeit erreicht sein würde, werde auch das Ausland einsehen, daß der Weltmarkt ohne die deutsche Industrie und ohne den deutschen Handel nicht auskommen könne.

Einige Aktionäre regten an, die Arbeiter und Angestellten der A. E. G. am Gewinn der Gesellschaft zu beteiligen. Rathenau erwiderte, daß dagegen keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, aber eine derartige Beteiligung sei nur theoretisch möglich; da bei der Riesenkapitalzahl der Arbeiter und Angestellten auf den einzelnen ein kaum nennenswerter Betrag entfallen würde, selbst wenn man den ganzen Gewinn unter die Angestellten und Arbeiter verteilen wollte.

Die Ausführungen Walter Rathenaus verdienen um so mehr Beachtung, als er als einer der besten Kenner der Weltwirtschaft gelten darf.

Der ausgepöffte „Befreier“.

Der Sonderkorrespondent der „Morning Post“ in Ugram meldet, daß der Gemeinderat von Sinuie sich mit 44 gegen 4 Stimmen gegen eine Verlängerung der Besetzung durch d'Annunzio ausgesprochen habe. Der Richter, in dessen Gegenwart diese Entscheidung getroffen wurde, weigerte sich diesem Beschluß zu unterwerfen. Er ließ die Alarmglocken läuten und richtete an die Versammlung eine Ansprache im d'Annunzio-Stile, wurde aber glatt ausgepöffelt.

Noch ein kleiner Krieg.

Unter dieser Ueberschrift melden englische Blätter, daß englische Truppen eine Strafexpedition gegen die Zibart-Kurden unternommen haben, die nordöstlich von Mosul leben und sich Uebergriffe und Morde hatten zuschreiben kommen lassen. Die Expeditionen sind ohne große englische Verluste „hegreich“ beendet worden. „Die Zivilregierung wurde wieder eingesetzt und das britische Recht wieder hergestellt.“ — Das ist die Hauptsache.

Eine vergessene Armee.

Die englische Arbeiterpartei erhebt ihren Anspruch gegen die Zurückhaltung der englischen Expeditionen in der Armee, die nach einer Mitteilung der Regierung im Unterhause im Oktober sich noch auf 21 000 britische und 79 000 indische Truppen belief. Bis zum 1. April sollten bereits alle diese Truppen Mannschaften entlassen sein, die sich nicht verpflichten wollten, weiter zu dienen. Die Arbeiterpartei nennt

Diese Truppen „die vergessene Armee“ und veröffentlicht regelmäßig Briefe von Soldaten dieser Armee. In einem derselben heißt es: „Die entsetzliche Eintönigkeit, schlechte Nahrung, die ewige Gleichförmigkeit des Dienstes, die lange Trennung von unseren Lieben, bringt uns zur Verzweiflung. Schafft uns endlich nach Haus!“

Der Prozeß gegen Wilhelm II. wird nie stattfinden!

Der amerikanische Dichter und Professor der niederländischen Literatur an der Universität Columbia, Leonard von Hoffen, der bis vor kurzem Marineattaché der amerikanischen Legation in Haag war, hat, dem „Corriere della Sera“ zufolge, einem Pariser Journalisten erklärt, daß der Prozeß gegen den Kaiser niemals stattfinden würde. „Dieser Prozeß“, erklärte er, „würde einen viel zu gefährlichen Präzedenzfall für die gekrönten oder ungekrönten Führer der anderen Staaten bilden. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, daß der Kaiser, den man jetzt um die Verhaftung des Kaisers macht, sich jemals zu einem Prozeß verdingen wird. Das Publikum täuscht man durch große, offizielle Geschäftigkeit und beruhigt es auf diese Weise, im Geheimen aber wird man verhindern, daß der Prozeß je stattfindet.“ — Der Mann wird wohl recht haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Heftentlassung Keisers.

Hauptmann v. Kessel ist aus der Haft entlassen worden. Justizministerium und Reichswehrministerium haben alles getan, um ihn darin festzuhalten und eine ernsthafte Durchführung des Prozesses gegen ihn zu ermöglichen. Aber der Gerichtsherr, der nach dem Gesetz unabhängig ist, hat die Aufhebung der Untersuchungshaft verfügt. Da hilft nichts anderes als die sofortige Beseitigung der Militärjustiz. Nur dadurch würde halbwegs erträglich werden, daß die Hinrichtung der 29 Matrosen infolge der Offiziersverschwörung gegen die Wahrheit keine genügende Sühne findet.

Helferich braucht nur einmal zu blechen.

Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung hat auf die Beschwerde des Staatssekretärs a. D. Helferich folgenden Beschluß gefaßt: In Erwägung, daß zur Entschärfung über die durch Herrn Helferich erhobenen Beschwerden der zweite Untersuchungsausschuß ausschließlich zuständig ist, daß in beiden Fällen eine Zeugnisverweigerung vorliegt, daß jedoch im zweiten Falle nicht eine Geldstrafe, sondern nur die Zwangshaft zulässig gewesen wäre, eine solche aber nachträglich nicht festgesetzt werden kann, hat der zweite Ausschuss beschlossen: 1. die Beschwerde wird zurückgewiesen, soweit sie sich gegen die am 18. November festgesetzte Geldstrafe richtet. 2. die am 17. November 1919 verhängte Geldstrafe wird aufgehoben. Der schwerere Helferich kommt also mit 300 Mk. davon. Für sein herausforderndes Benehmen ein bißchen wenig.

Nach der „Z.-M.“ will Helferich bei seinem Einspruch beharren und die Zahlung der Geldstrafe verweigern. Er betrachtet, gestützt auf die Unrichtigkeit Professor Bindings, das Urteil des Ausschusses nach wie vor als ungesetzlich und nichtig.

Links-unabhängige Kriegsgefangenen-Freundschaft.

Der „Vorwärts“ berichtet: Der Abgeordnete Koenen (Halle) Mitglied des Reichstages der U. S. P., teilte sich am Donnerstag in der Nationalversammlung bei der Kundgebung für die deutschen Kriegsgefangenen eine Demonstration. Die gesamte Nationalversammlung hatte sich erhoben, Koenen blieb demonstrativ sitzen. Die anderen „Unabhängigen“ waren aufgestanden, nur Koenen nicht. Abg. Wurm redete eindringlich auf Koenen ein: erit zum Schluss erhob sich Koenen halb und legte sich mit den Armen auf sein Pult, um ja nicht aufzustehen. So ehrte Koenen unsere Kriegsgefangenen. Es ist die größte Beschämung unserer Gefangenen, die ein Deutscher ihnen zugefügt hat.

Ein glänzender Wahlsieg im schwarzen Wachen.

Bei der Stadteroberungswahl in Wachen erhielten Sitze: Zentrum 55, Sozialdemokraten 49, Demokraten 5, Bürgerliche Wahlvereinigungen 4. Für eine ungültige Liste der „Unabhängigen“ wurden 1499 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug 92 vom Hundert.

Dieser erfreuliche Erfolg unserer Partei in dem schwarzen Wachen kommt völlig unerwartet. Nach der bisherigen Stimmung der Bevölkerung in der fast nur von Katholiken bewohnten Stadt war die Erschütterung der Zentrumsmehrheit kaum zu erwarten. Jetzt haben unsere Genossen mit den Demokraten selbst dann die Mehrheit, wenn sich die Männer von rechts auf die Seite des Zentrums schlagen. Die Wachen Wahl bedeutet eine neue Abgabe an die von Zentrumskreisen teils offen, teils heimlich unterstützten Losreisungsbestrebungen. Herrn Clemenceau haben alle für die Agitation im Rheinland bestimmten Millionen nichts genutzt. Die Wachen Wahl sollte ihm beweisen, daß die Bourgeoisie Frankreichs ihre Mittel zögernder anzuwenden vermag.

Kommunistische Demonstrationen in Essen.

In Essen hat sich neuerdings die Lage wesentlich verschärft. Freitag fanden große Demonstrationen statt. Bei dem Gewerkschaftsrat veranfaßten Massenmühsamkeiten gegen das Betriebsratsgesetz die kommunistischen und „unabhängigen“ Redner den Vertreter der Sozialdemokratie nieder und verwurten das ganze Betriebsratsgesetz in der vorgezeichneten Fassung. Sie forderten die Herabsetzung des Wahlalters auf 16, teilweise aber auf 14 Jahre und das Alleinbestimmungsrecht der Arbeiter- und Betriebsräte. Im Anschluß an die Versammlung veranstalteten die kommunistischen und „unabhängigen“ verhassten Bergleute unter Lorenzregung roter Fahnen große Demonstrationen. Auf verschiedenen Wegen war deshalb die Nachmittagspacht ausgefallen.

Die Engländer drohen den Belagerungsstand über Solingen an.

Die britische Seeherrschaft kündigt die Verhängung des Belagerungsstandes über den Solinger Bezirk an, falls die Straßenbahnen, mit denen sich die Arbeiterschaft des ganzen Bezirkes solidarisch erklärt hat, bis Sonntag die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben sollten.

Verurteilung von Kommunisten.

Der Volksgericht in München verurteilte die beiden Führer der Bayerischen Beamtengewerkschaft während der Münchener Räterepublik, Intendantenrath Schmidt und Postsekretär Wolf, wegen Hoch-

verratsversuchs zu je 1 Jahr 6 Monaten Festungshaft und billigte ihnen nach Verbüßung von 5 Monaten eine Bewährungsfrist von 4 Jahren zu.

Werber für die Fremdenlegion am West!

Wie die „Post“ aus Mainz meldet, betreiben seit einigen Tagen französische Agenten im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone, besonders in Frankfurt, eine starke Werbetätigkeit für die Fremdenlegion. Vor allen Dingen wenden sich die Werber an junge stellenlose Leute, denen sie versprechen, daß sie eine gute Arbeitsgelegenheit mit hohem Verdienst für sie haben. Die Opfer werden direkt nach Mainz gebracht. Von hier kommen sie sofort in Sammeltransporte nach Frankreich und nach Afrika.

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichsrat stimmte den Gesetzen über das Reichsnotopfer, über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft und dem Umsatzsteuergesetz in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung zu.

Seitens des Reichswehrministeriums ist der strikte Befehl ergangen, daß Angehörige der Reichswehr in keinem Falle Versammlungen mit Waffen oder Handgranaten besuchen dürfen. Gegen jede Zuwiderhandlung wird strengstens eingeschritten werden.

Der Reichs-Parität des Zentrums wird, wie nunmehr endgültig feststeht, am Montag, 19. Januar, im Reichstagsgebäude in Berlin zusammenzutreten.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Hinterbliebenen der Matrosen, die in der Französischen Straße erschossen wurden, werden vom Reich versorgt werden. Es ist Anweisung erteilt worden, schleunigst mit der Zahlung von Rorschüssen zu beginnen bis zur endgültigen Regelung der zu bewilligenden Verlozung.

Ins Reichswirtschaftsministerium ist, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, als erste Frau die bekannte Politikerin Fräulein Dr. Kora Berliner als Referentin für Sozialisierung und Arbeiterfragen berufen worden.

Der finnische Reichstag hat mit 125 gegen 68 Stimmen das Amnestiegesetz angenommen.

Norwegen plant einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und Besserung der Valuta.

Der „Tempo“ meldet, daß das englisch-französische Abkommen über Calais bis Ende 1920 verlängert worden ist. Damit bleibt Calais weiter von den Engländern besetzt, die jedoch nicht die Zivilverwaltung übernehmen.

Der Senat von Kuba hat den Friedensvertrag mit Deutschland einstimmig genehmigt.

Dänemark.

Erhöhung der Hafengebühren.

Vom 1. Januar 1920 ab werden die Hafengebühren in den dänischen Provinzhäfen verdoppelt. Im Hafen von Kopenhagen werden sie um 150 Prozent erhöht.

Ungarn.

Der weiße Schrecken.

Bei den ungarischen Kommunistenprozessen sind bisher 17 Angeklagte zum Tode verurteilt worden und über insgesamt 242 Angeklagte Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 1230 Jahren verhängt worden. Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß in Budapest und in einzelnen Provinzstädten noch mehr als 1800 Personen in Sachen der ungarischen Räterepublik angefaßt sind. In der Provinz wurden bisher zwei Todesurteile gefällt, das eine in Kaposvár gegen Stefan Hajdu, den Anklagenkommissar des revolutionären Tribunals, und in Belpreem gegen Andreas Steffer, der als politischer Bevollmächtigter 8 Soldaten der Roten Armee hat hinarichten lassen. In Győr sind 17 Angeklagte mit der Begründung freigesprochen worden, daß diese 17 Personen unter physischen und seelischen Zwang gehandelt hätten, als sie sich der Räteregierung angeschlossen. Es handelt sich um Mitglieder der alten sozialdemokratischen Partei.

Neue Todesurteile.

In dem Prozeß gegen Dr. Eugen Laßlo und Genossen wegen der Hinrichtung mehrerer Gegenrevolutionäre sowie wegen verschiedener Fälle von Raub, Diebstahl und anderem wurde nach Meldungen aus Budapest das Urteil gefällt. Laßlo und vier Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang und die übrigen neun Angeklagten zu Zuchthaus, bezw. Gefängnis von 15 Jahren bis zu 2 Jahren verurteilt.

Belgien.

Ein salomonisches Urteil.

Zu der Angelegenheit des Denkmals Ferrer hat die Stadtverordnetenversammlung von Brüssel am 16. Dezember ein salomonisches Urteil gefällt. Befristlich hat Generalgouverneur von Biffing das Denkmal entfernen lassen, weil es angeblich das religiöse Gefühl der Katholiken verletze. Jetzt soll es wieder aufgestellt werden. Dagegen erhob aber der spanische Botschafter Bedenken, in dem er erklärte, das bedeute eine Beleidigung der spanischen Regierung und des spanischen Volkes. Die Sozialisten protestieren und nun hat der Bürgermeister von Brüssel den Antrag gestellt, das Denkmal gegen die Spanier in ein Denkmal gegen die Deutschen umzuwandeln. Es soll die Aufschrift erhalten: „Dieses Denkmal, errichtet im Jahre 1911 durch eine internationale Subskription zur Glorifizierung der Gemisensfreiheit, wurde im Jahre 1916 von den Deutschen entfernt.“ Der Name Ferrer verschwindet also. Die Sozialist Camille Huysmans hat gegen diese Art des Vorgehens in der Sitzung protestiert, er wurde aber überstimmt. — Als das Denkmal eingeweiht wurde, hat ein evangelischer Pfarrer eine herrliche Rede gehalten.

Spanien.

Vor dem Sturz der Dynastie?

Wie Madrid meldet die „Saager Nieuwe Courant“, daß die Umwälzung in Spanien weiteren Boden gewinnt. In Madrid sind sämtliche Geschäfte und Läden geschlossen. Durch die Straßen ziehen Truppen. In den Arbeiterquartieren wird schwer gekämpft; es gab viele Tote und Verwundete. Von der Presse erfahren nur noch die sozialistischen Blätter. Man erwartet in den nächsten Tagen den Sturz der spanischen Monarchie. In Salamanca wollten die Arbeiter im Theater eine gewerkschaftliche Versammlung abhalten, die aber von den Behörden unterdrückt wurde. Die Polizei wurde mit Gewehrschüssen empfangen. Es gab ein Handgemenge, in dessen Verlauf zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

England.

Der Aufschlag auf Lord Grey.

Der Bischof von Irland, Frensh, verurteilt seine Rettung vor dem Aufstand, daß die Hauptangreifer ihn im zweiten Autowagen glaubten. Die Persönlichkeit des Geächteten konnte an Hand eines Dokumentes, das bei ihm gefunden wurde, festgestellt werden. Es handelt sich um einen Schenkbrief aus Dublin. Nach

drastischen Meldungen aus London verurteilten alle englischen Blätter mit Ausnahme des sozialistischen „Daily Herald“ den Aufschlag. Bonar Law erklärte in einer in Liverpool gehaltenen Rede, die Regierung werde die Errichtung der irischen Republik nicht gestatten. Anschläge, wie die auf Frensh, würden niemals das britische Volk dazu bewegen, Irland Selbstbestimmung zu gewähren.

Ägypten.

Ein neues Attentat auf den Premierminister.

Der „Times“ zufolge ist in Kairo auf den ägyptischen Premierminister ein neuer Anschlag verübt worden, und zwar diesmal von koptischen Studenten. Es wurde niemand verletzt. Der Attentäter und mehrere andere Studenten, die zugegen waren, wurden verhaftet.

Im Stadtviertel Cosenis wurden die Angriffe auf die öffentlichen Gebäude wiederholt. Ein Straßenbahnwagen wurde vollständig zertrümmert. Sonnabend wurden elf junge Leute, die an einer verbotenen, von mehr als 250 Studenten im Stadtviertel Felein veranstalteten Kundgebung teilnahmen, verhaftet. Sie werden vor das Kriegsgericht gestellt werden.

Der „Westminster Gazette“ wird aus Newyork berichtet, daß Langfing an Senator Owen, der sich für die Unabhängigkeit Ägyptens ausgesprochen hat, einen Brief richtete, in dem er u. a. schreibt, es sei anzunehmen, daß England die Absicht habe, die von König Georg dem früheren Sultan von Ägypten gegebenen Zusicherungen, die in der Londoner „Times“ am 21. Dezember 1914 veröffentlicht wurden, zu erfüllen.

Vereinigte Staaten.

Die Eisenbahner ohne Streikrecht.

Dem „Telegraph“ zufolge nahm der amerikanische Senat mit 46 gegen 33 Stimmen eine Gesetzesvorlage an, die den Eisenbahnern das Streikrecht nimmt.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 22. Dezember.

Die Lübecker Sicherheitspolizei

ist jetzt formiert und in Wirksamkeit getreten. Sie ist nach dem Muster der übrigen Sicherheitspolizei im Reich aufgebaut, zerfällt in 4 Hundertschaften, 3 infanteristische Ausbildung und eine technische Hundertschaft. Sie ist ausgerüstet mit den modernsten Waffen und nach folgenden Grundfahnen gebildet: Der Eintritt steht jedem gebildeten Soldaten frei, der über tadellose Führung verfügt, unbefristet ist und das 22. Lebensjahr vollendet hat. Als Höchstaltersgrenze ist das 30. Lebensjahr vorgeschrieben, damit die Truppe möglichst schlagkräftig und beweglich ist. Die Mannschaften der Sicherheitspolizei führen den Titel „Wachmeister“, die Führer den Titel „Oberbeamten“, letztere werden aus dem Offizierskorps genommen, doch ist in Lübeck vom Polizeiherrn angeordnet, daß ein Drittel dieser Oberbeamten aus dem Mannschafsstande entnommen wird. In einer Reichskonferenz, die am 5. Dezember ds. Js. in Berlin stattfand, wurde die Kostenfrage endgültig dahin entschieden, daß das Reich 80 Prozent, das einzelne Land 20 Prozent der Kosten trägt; somit werden also vom Reich vier Fünftel aller Kosten getragen. Die Lübecker Sicherheitspolizei ist keine militärische Truppe, wenn auch ihre Eigenart es bedingt, daß sie in der Kaserne wohnen muß und daß Verheiratete nur in Ausnahmefällen eingestellt werden dürfen. Die Lübecker Sicherheitspolizei macht im wesentlichen den gleichen Dienst, wie die Schutzmannschaft und stellt außerdem die Wachen im Marktgefängnis, Rühnhaus und am Hafen. Vom April an wird sie auch die Wachen in der Strafanstalt Lauerhof übernehmen. Die Uniform soll auch in Lübeck grau-grün sein wie im ganzen Reich, doch macht die Beschaffung des Luches große Schwierigkeiten, jedoch zunächst auf das selbstgegraue Tuch zurückgegriffen ist und nur grüne Kragen und Aufschläge getragen werden. Die Kopfbedeckung ist zunächst die Mütze mit dem Lübecker Wappen, doch soll, soweit die Rohstoffbeschaffung solches ermöglicht, der Jäger-Schako mit dem Stabswappen getragen werden. Nur bei ganz besonderen Kampfanlässen, die sich in Lübeck hoffentlich nie ergeben, wird der Stahlhelm getragen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen hat sich die Truppe gut bewährt und wird darauf gehalten, daß die Sicherheitspolizei sich dem Rahmen des übrigen Beamtenums anpaßt. Die neu geschaffene Polizei hat sich bisher unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen überall als bester Schutz der Einwohnerschaft erwiesen und steht durchweg im guten Freundschaftsverhältnis zu allen Kreisen der Bevölkerung. Am Freitag fand eine Besichtigung der Sicherheitspolizei durch den Polizeiherrn und geladene Vertreter der Presse statt, die sich von dem vorkommend Gefassten persönlich überzeugten und auch die Räume in der Markt-Kaserne in Augenschein nahmen. Da mit den Mitteln außerordentlich gespart werden muß, so leidet die Ausschmückung der Stuben sehr. Dazum wurde der Wunsch ausgesprochen, es möchten aus der Bevölkerung heraus der Truppe Zuwendungen von Bildern, Büchern und anderen Möbelförden, besonders Stühlen usw. gestiftet werden. In die Besichtigung anschließend, fand eine Vorführung der verschiedensten Kampfmethoden und Dienstarten der Sicherheitspolizei statt, die durchweg die Anerkennung der Erschienenen fanden. Man gewann den Eindruck, daß die Sicherheitspolizei die Sicherheit des Publikums gewährleistet.

Wintersonnenfang. Daß der astronomische mit dem meteorologischen Winter in nördlicheren Zonen Mitteleuropas zeitlich nicht übereinstimmt, haben wir in diesem Jahre zur Genüge erfahren. Dennoch löst sich vom astronomischen Standpunkte keine andere Jahreszeiteinteilung schaffen, da diese für die ganze nördliche Halbkugel der Erde zu gelten hat. Je näher man sich dem Wendekreis befindet, um so mehr verzögert sich der Beginn der kalten Jahreszeit gegen das astronomische Datum, je näher man dagegen dem Polarkreis ist, desto früher fällt der Anfang der meteorologischen Winterzeit vor den des astronomischen Winters. Während in bezug auf die Temperatur in der tropischen Zone das ganze Jahr hindurch kein nennenswerter Wechsel eintritt, also gemäßigten nur eine Jahreszeit herrscht, wenn man von sonstigen klimatischen Faktoren, wie besonders den Niederschlägen, absteht, hat die kalte Zone zwei ziemlich scharf getrennte Jahreszeiten, eine warme und eine kalte, und nur die gemäßigten Zone vier Jahreszeiten. Dementsprechend teilten die alten Kulturvölker das Jahr keineswegs alle in vier Teile; die Indier beispielsweise begnügten sich mit drei, merkwürdigerweise auch die alten Germanen. In gegenwärtigen Jahre nimmt der Winter am 22. Dezember seinen Anfang, sonst gewöhnlich schon am 21. Die Sonne erreicht an diesem Tage ihren tiefsten Stand südlich des Äquators, beschreibt daher den kürzesten Tagbogen, wir haben also den kürzesten Tag und die längste Nacht. Sie wendet am gleichen Zeitpunkt um — Winter Sonnenwende —, um wieder nach Norden emporzusteigen. Für die Naturmenschen der früheren Zeit war das Feuerzeichen des Sonnenlichtes der Anlaß zu einem großen Festen, dem Jukfeste, das sie mit der geweihten Nacht, der Weihnacht, begannen, und dann zwölf Tage lang fortsetzten. Die christliche Kirche, die einfach, daß sich unsere Vorfahren ihre Feiern nicht nehmen ließen, verlegte aus diesem Grunde ihr Christfest auf das Jukfest. Darum steht in unserem heutigen Weihnachtsfest mit seinen uralten Bräuchen noch ein gut Teil der einstigen germanischen Winter Sonnenwende. So lieb uns Spätlebenden auch das Christfest geworden ist, so wenig dürfen wir vergehen, daß seine Zeit nicht mit der wahren Geburtszeit Christi zusammenfällt, diese ist nicht der 24. Dezember, sondern etwa des 17. September.

Erklärung von Land für Siedlungszwecke. Die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betreffend Erklärung von Land für Siedlungszwecke hat einen Bericht an den Bürgerausschuss erstattet, dem wir folgendes entnehmen: Mit den in dem Bericht der Baubehörde und der Finanzbehörde vom 11. August dargelegten Grundrissen für die Siedlungstätigkeit des Staates kann sich die Kommission im allgemeinen einverstanden erklären. Die Kommission steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß es volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen wäre, wenn gute, ertragsfähige Kulturen an Spargel und Obst vernichtet würden. Sie empfiehlt, derartige Kulturen den jetzigen Pächtern vorläufig zu lassen, sie ihnen aber in sechs bis zehn Jahren zu kündigen. Es liegt auf der Hand, daß durch die volle Durchführung der Siedlungspläne viele Kleingartenpächter aus der Pacht gedrängt werden müssen. Ausgelegt sind nach den Angaben der Finanzbehörde Parzellen von 10 Ar und darüber; 603,45 Hektar in 1048 Parzellen, in kleineren Parzellen unter 10 Ar: 292,98 Hektar in 5267 Parzellen. Von den Parzellen über 10 Ar sind zurzeit viele in kleine Teile zerlegt und an Unterpächter abgegeben. Jedenfalls kommen weit mehr als 6315 Pächter in Betracht. Zweckmäßig erschien es der Kommission, soweit möglich mit den Plänen für Siedlungen auch gleich die Pläne für langfristige Kleingartenpachtungen zu verbinden. Zu den Siedlungen für Wohnheimstätten in der Stadt und in Salutup bemerkt die Kommission folgende: 1. Siedlungen an der Gärtergasse. Die Kommission empfiehlt den vorläufigen Ausschluß der ersten Gärtergrundstücke vor der Bebauung, weil sie sich gartenmäßig in hoher Kultur befinden. 2. Siedlung am Mönchhofweg. Auch hier trifft das unter 1. Gesagte zu. Demgemäß ist von der zu bewilligenden Summe der Betrag von 112 000 Mark abzuziehen. Zu prüfen bleibt, ob als Ersatz das zwischen Kahlhofstraße und Klosterhof liegende Gelände in seinem an der Chaussee gelegenen Teile für Siedlungen, in dem weiter zurückliegenden Teile für Kleingärten zu verwenden ist. 3. Siedlung an der Wandraumer Landstraße. Zu prüfen bleibt, ob nicht eine Erweiterung des ganzen Planes und eine Vergrößerung der kleinsten Grundstücke möglich ist. Eine Herabsetzung der Straßensbreite auf etwa 18 Meter erscheint der Kommission unbedenklich. 4. Siedlung zwischen Dornbreite und Landgraben in Krepelsdorf. Mühsenwert erscheint die Vergrößerung der Parzellen je nach Bedarf. 5. Siedlung auf der Holzappel am Wege von Niendorf nach Althöfen. Die Kommission legt Wert darauf, daß der vorhandene Teich erhalten bleibt, da er für die Siedler, die Kleintiere wie Enten und Gänse halten, von Bedeutung ist. 6. Siedlung am Wege Moising-Niendorf, in der Nähe des Haltepunktes Niendorf. Dem Wunsch der Kommission, die vorhandene Weide, auf der jetzt nur wertloses saures Gras und Schnittgras wächst, trodenzulegen oder durch den am Wege liegenden Acker und Boden aus der Nähe Koppel aufzubringen, wurde von den Senatskommissionären Prüfung zugesagt. Auf Grund der vorstehenden Erwägungen beantragt die Kommission u. a. einstimmig, daß der Baubehörde für die Aufschließung der Gelände die nach dem vorgelegten Kostenanschlägen berechneten Kosten im Gesamtbetrag von 780 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werden.

Große Pläne zur Ausgestaltung Travemündes. In das Lübecker Handelsregister ist eingetragen worden eine Gesellschaft m. b. H., Seebadeanstalt Travemünde. Als Gegenstand des Unternehmens ist vermerkt, der Erwerb und Betrieb der Seebadeanstalt Travemünde und anderer dem Fremdenverkehr dienender Einrichtungen sowie aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte. Das Stammkapital beträgt 100 000 Mk. Geschäftsführer sind die Hamburger Kaufleute Emanuel Fehling und Kroß. Hinter dieser Gesellschaft steht, wie das „Hamb. Fremdenblatt“ schreibt, die Hamburger Verkehrs-A.G. Ankauf ist nicht nur das Kurhaus in Travemünde, die Villa Augusta, Villa Marianne und das Hansahaus mit allen dazugehörigen Grundstücken, sondern es sollen auch noch erworben werden das Strandhaus Wader, das Strandhotel und der Fürstehof. Alle diese Hotels sollen unter die einheitliche Leitung des bisherigen Besitzers des Kurhauses Frh. Brüggemann gestellt werden. Die Gesellschaft plant die bedeutende Vergrößerung des Kurhauses. Ferner soll ein großer Autopark nach Travemünde kommen und der Dampferverkehr bedeutend erweitert werden. Es sollen Vergrößerungen nach Dänemark und Schweden ausgedehnt werden, um auch von dort Verkehr nach der deutschen Ostküste zu bringen. Endlich verläutet nach, daß von der Hamburger Gesellschaft in Lübeck die Errichtung eines erstklassigen Hotels geplant ist.

Verteilung von Reis. Von der Nachrichtenabteilung des Landesverwaltungsamtes wird uns wie folgt geschrieben: In dieser Woche gelangen 125 Gramm Reis zum Preise von 2 Mk. für ein Pfund zur Verteilung. Es handelt sich hier um Ware, welche vom Reich aus zugute teilt und verbilligt worden ist. Da diese vom Reich aus zugewiesenen Mengen aber verhältnismäßig gering sind, so ist das Landesverwaltungsamt gezwungen, auch Ware im freien Handel zu kaufen, wodurch sich die großen Preisunterschiede der einzelnen Verteilungen ergeben.

Zur Gasentnahme. Wir werden gebeten nochmals darauf hinzuweisen, daß die Entnahme von Gas während der Sperrstunden verboten ist und mit hohen Strafen bestraft wird. Der Ernst der Zeit und das Interesse der Allgemeinheit erfordert es, daß sich jeder nach diesen Bestimmungen richtet. Sollten trotz aller Warnungen diese Vorschriften nicht beachtet werden, so sind weitere einschneidende Maßnahmen unumgänglich. Der Rathenborat ist so gering, daß durch weiteren unbeschränkten Gasverbrauch die Gasversorgung gefährdet wird.

Der Marktplatz darf während des Weihnachtsmarktes außer den Verkaufszeiten vom Publikum nicht betreten werden.

Sturm auf der Nord- und Ostsee. Seit einigen Tagen herrscht auf der Nord- und Ostsee ein sehr heftiger Sturm aus Südwest. Von der Seewarte in Hamburg wurde im Laufe des Freitags eine Sturmwarnung bekanntgegeben und der Sturmball aufgeblasen. Der heftige Sturm auf See zwang viele Küstenfahrzeuge und Fischer zurückzuführen und sichere Häfen aufzusuchen. Auch die Fischdampfer und kleinen Frachtdampfer mußten Häfen anlaufen. Durch den Sturm war es auch seit einigen Tagen nicht möglich, frische Fische an den Fischmärkten zu bekommen.

Von der See liegen noch folgende Meldungen vor: In der Nordsee tobt zurzeit ein furchtbarer Sturm, wodurch auch an der holländischen Küste Schiffsunfälle vorkommen. Ein Seeschlepper aus Amuden ging mit der ganzen Besatzung unter und vor Scheveningen scheiterte das frühere deutsche Kriegsschiff „Hildebrand“ (4100 Tonnen), das unter holländischer Flagge nach Holland geführt war, um abgebrochen zu werden. Die Besatzung von 6 Mann wurde gerettet.

Eine deutsche Galeasse, die von Lübeck nach Nordsee und in die Steinen unterwegs war, ist gestern an der Südküste von Vaaland, in der Nähe von Røddby gestrandet. Das Schiff liegt nach dem Land mit Wasser gefüllt. Ein dänischer Dampfer hat die Mannschaft gerettet.

Eine ordentliche Ausschüttung der Vertreter der Ortskrankenkassen fand am Sonnabend in Anorrs Restaurant statt. Demassenvorstand war in der letzten außerordentlichen Ausschüttung der Auftrag erteilt worden, dieser ordentlichen Sitzung eine Vorlage entgegenzubringen, die unter Erhöhung der Beiträge auf 70 vom Hundert des Grundlohnes auch eine entsprechende Erhöhung des Krankengeldes enthalte. Der Vorstand hatte diese Vorlage gemacht. Die Beiträge waren auf die gewünschte Höhe eingestellt und das tägliche Krankengeld statt wie bisher auf 50 Prozent des Grundlohnes auf 65 Prozent erhöht. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Beiträge künftig auf 75 vom Hundert und das Krankengeld auf 70 vom Hundert des Grundlohnes zu erhöhen. Nachdem die durch die erste Beschlussfassung bedingten Änderungen der betreffenden Positionen des Voranschlages für 1920 vorgenommen waren, wurde hieron nun Ausschuss genehmigt. Rechnungsprüfer wurden die bisher amtierenden Herren Sche-

fflig, Kromme und Barzel wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ beschwerte sich ein Mitglied, daß seine Frau in der chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses das Zimmer mit zwei Prostituierten hätte teilen müssen. Die Geprüfte, die die beiden Mädchen geführt haben, hätten einer Frau Mergernis und Aufregung bereitet, wodurch der Heilerfolg gelitten habe. Trotzdem zugabene, daß das Allgemeine Krankenhaus überfüllt war, dürfte derartige Zusammenlegung der Kranken nicht vorkommen. Das war auch die Meinung der Versammlung. Der Vorstand soll dagegen Schritte unternehmen.

Volksstämmiges Konzert. Da Herr v. Höpflin immer noch nicht hergestellt ist, übernimmt Herr v. Wippenburg die Leitung des heutigen Wagnerabends.

Essentielle Bücher- und Leihhalle. Die Nachmittags-Bücherausgabe beginnt bis auf weiteres wegen der jetzigen Gaspreizeiten erst um 4½ Uhr. Die Leser werden gebeten, sich nicht früher einzufinden, um Unfälle im unbeluchteten Treppenhaus zu vermeiden. Der Lesesaal wird von 3¼ bis 4½ Uhr geschlossen. Die vom Staat bewilligte elektrische Lichtanlage ist in Arbeit, aber noch nicht fertiggestellt.

Diebstähle. Aus dem Schaufenster eines Modewarenengeschäfts in der Mühlenstraße sind in letzter Nacht 3 Dg. Taschentücher gestohlen worden. — Mittels Einbruchs sind aus einem Zigarettengeschäft in der Westerkstraße eine große Menge Zigaretten und Zigarettens verschwiebener Sorten, sowie Spielkarten, Schachfiguren, Rauch- und Rantabat gestohlen worden. Ein Verzeichnis der Marken der gestohlenen Rauchwaren liegt im Bureau der Kriminalpolizei aus. Vor Ankauf des Diebstahlgutes wird gewarnt.

Festgenommen wurden drei hiesige mehrfach vorbestrafte Arbeiter, die am 20. d. M. abends aus einem verlassenen gewissen Stalle mittels Einbruchs ein Pferd gestohlen hatten und dieses an einen hiesigen Galldirt zu verkaufen suchten. Bevor sie jedoch das Pferd verschleppen konnten, erzielte sie das wohlverdiente Schicksal. — Festgenommen wurde ferner ein Dienstmädchen aus Hamburg, das feiner in der Breiten Straße wohnhaften Herrschaft diverse Wäschegegenstände gestohlen hatte. Die Wäsche konnte der Geschädigten zurückgegeben werden. — Ermittelt und festgenommen wurden zwei bereits vorbestrafte in der Ziegelstraße wohnhafte Arbeiter, die aus einem am alten Bahndamm stehenden Eisenbahnwagen eine größere Menge Körperleinen gestohlen hatten. Das Diebstahlgut konnte restlos beschlagnahmt werden. — Ebenfalls festgenommen wurden zwei Heizer und zwei Matrosen eines hier heimatischen Dampfers, die in Neufahrwasser das Schiff, auf dem sie beschäftigt waren, mit Gewalt am Auslaufen gehindert hatten, weil ihnen angeblich die Feuer seitens des Kapitäns vorenthalten war. Der Räubelführer der Festgenommenen hatte mit einem geizigen Dolch jeden zu erstechen gedroht, der das Schiff von seinem Liegeplatz loswerfen würde. — Weiter wurde eine Ehefrau aus Uteuh festgenommen, die einem an der Oberstraße wohnhaften Arbeiter ein Portemonnaie mit 195 Mk. entlassen hatte. Die erst kürzlich aus der Strafanstalt Lauerhof entlassene Diebin war von dem Arbeiter mit in seine Wohnung genommen, um von ihm verpflegt zu werden. Zum Dank dafür verschwand sie mit seinem Portemonnaie, als der Arbeiter kurze Zeit seine Wohnung verlassen hatte und sie sich allein in derselben befand.

Schwindler. In letzter Zeit trieb hier ein Schwindler sein Unwesen, der verschiedene Kaufleute ansuchte, um Bekleidungsgegenstände usw. zu kaufen. Wenn er willige Verkäufer fand, stellte er ihnen einen Scheck aus die Dresdener Bank in Leipzig aus. Nach Einreichung des Schecks zum Inlasso stellte sich heraus, daß der Schwindler ein Guthaben bei genannter Bank nicht hat. Der Schwindler unterzeichnete die Schecks mit Kurt Kroßloch.

Fahraddiebstahl. Am 20. ds. Mis. nachmittags ist einem im Steinroderweg wohnhaften Fischer ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, nach oben gebogener Lenkstange und Freilauf mit Rücktrittbremse aus einem unverschlossenen gewöhnlichen Hauskeller gestohlen worden. Der vordere Gebirgsreifen ist mit einem Händchen versehen. Das Fahrrad führt die Marke „Corona“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Rücktritt der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes. In der am Freitag stattgefundenen Metallarbeiter-Versammlung wurden sämtliche Anträge der Ortsverwaltung auf Beitragserhöhung abgelehnt. Da aber die Ortsverwaltung auf ihrem Standpunkt beharrte, so beschloß sie einmütig, der Versammlung ihre Mandate zur Verfügung zu stellen und eine Neuwahl der Ortsverwaltung vornehmen zu lassen. Dieser Beschluß wurde von der Versammlung mit großer Bewegung, kurzem Widerspruch und demotivem Beifall angenommen.

Hamburg. Erhöhung der Fischpreise im Großhandel. Die vereinigten Fischereier von Hamburg und Altona haben den Preis für frische Fische in Anbetracht der erheblichen Verteuerung des Betriebes um 25 Prozent erhöht.

Hamburg. Vier maskierte Räuber hatten am 9. Dezember das in Billwärder an der Bille wohnende Ehepaar Altona überfallen und einen großen Geldbetrag geraubt. Die Räuberbande ist jetzt dabei überführt worden, als sie in einer Rübenschafte auf der Keeserbahn Einbrecherbeute verkaufen wollte. Der Haupttäter, der auch den Plan für den Raubüberfall auf die Eheleute Altona entworfen hat, ist ein Reichswehrsoldat Wiktor von der Eisernen Division in Kiel, der sich vor längerer Zeit unerlaubterweise von dem Truppenteil entfernt hat. Seine Mitäter sind ein Schlosser M., ein Bierbrauer G. und ein Fischer P. Alle vier sind in vollem Umfang geständig.

Altona. Mord aus Eifersucht. Verzagene Nacht wurde am Hausflur Gustavstraße 24 der Arbeiter Emontek-Bojatzinski in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Der Ermordete scheint mit einem stumpfen Gegenstand niedergeschlagen worden und an Gehirnblutung gestorben zu sein. Ein Raubmord liegt nicht vor, da Geld und Uhr noch bei dem Toten vorhanden waren. Der S. unterliegt ein Liebesverhältnis mit der Ehefrau Meta Krage, wo er, wie festgestellt, am Freitagabend geweiht hat. Der betrogene Ehemann soll schon früher geäußert haben, an dem S. Rache nehmen zu wollen.

Hamburg. Verhaftung eines Kommunisten. Der Kommunist Guleberg, der in Dresden der Eiser-Kommunisten, der man die Schuld an dem Mord des Ministers Neuring zuschreibt, angehört, hielt sich im Wilhelmshafen unter falschem Namen auf. Er versuchte sich auf dem Rathaus auf gefälschte Lebensmittelkarten neue Verabfolgung zu lassen. Dabei wurde er verhaftet. Wie er selbst angibt, ist er bei der Ermordung des Ministers Neuring zugegen gewesen.

Hamburg. Hensburg will deutsch bleiben. Am Freitag fanden unter außerordentlich starker Beteiligung der Bevölkerung Kundgebungen gegen dänische Annexionspläne statt. Die Kundgebungen sind ein Beweis dafür, daß die Bevölkerung durchaus auf dem Standpunkt steht, daß Hensburg als rein deutsche Stadt bei dem deutschen Reich verbleiben müsse.

Wilhelmshaven. Die Ursache der großen Explosion in Mariensiel ist nunmehr ermittelt. Die Granaten lagen auf zwei Meter hohen Gestellen. Beim Herunternehmen ist eine derselben auf den Boden gefallen und explodiert.

Bremen. Errichtung einer Preisermittlungskstelle. Die sozialdemokratische Fraktion in der Bremischen Nationalversammlung beantragt die Errichtung einer Preisermittlungskstelle, die fortlaufend die Erhöhung der Bedarfs- und Angehörten der Staats- und Privatbetriebe unter Berücksichtigung der Zahl der Familienmitglieder als Leuzungszulage ab 1. Januar 1920 gezahlt werden. Ein entsprechender Antrag soll bei der Reichsregierung gestellt werden.

Bremen. Eigene ständige Vertretung Bremens in Berlin. Die Bremische Nationalversammlung hat in ihrer

letzen Sitzung dem Antrage des Senats zugestimmt, einen ständigen Vertreter Bremens in Berlin mit einem ruhigeldberechtigten Gehalt von 24 000 Mk. zu bestellen und demselben eine Aufwandsentschädigung von 30 000 Mk. und ferner für Ausstattungskosten 75 000 Mk. zu bewilligen. Auf Antrag Dr. Gildemeister wurde noch beschlossen, daß der Geschäftsträger jederzeit abberufen werden kann.

Neueste Nachrichten.

Der Reichskommissar für Danzig. U. Berlin, 22. Dezember. Der Regierungspräsident Förster in Danzig ist zum Reichsstaatskommissar für das abzutretende Gebiet der freien Stadt Danzig, sowie für das an Polen abzutretende Gebiet des Regierungsbezirks Danzig bestellt worden.

Direkter Dampferverkehr London-Köln. U. Köln, 22. Dez. Es sind alle Anstalten getroffen, um den direkten Dampferverkehr zwischen London und Köln aufzunehmen. Das erste Schiff soll in der ersten Woche des neuen Jahres von London abfahren.

Die Ausraubung Deutschlands. U. Frankfurt a. M., 22. Dezember. Zu den Pariser Verhandlungen teilt die französische Regierungspresse mit, daß die Alliierten auf die sofortige Auslieferung der fünf letzten Kreuzer bestehen bleibe. Der Entente-Marinekommission in Berlin hat Auftrag erhalten, in Hamburg und Danzig die deutschen Angaben zur Auslieferung des Bodmaterials nachzuprüfen.

Baden gegen den deutschen Einheitsstaat. U. Karlsruhe, 22. Dezember. Der „Badische Staatsanzeiger“ erhebt in einem offiziellen Leitartikel der gestrigen Nummer in scharfer Worten Einspruch gegen den in der preussischen Landessammlung eingebrachten Antrag der Mehrheitspartei auf Schaffung eines Einheitsstaates.

Die Herabsetzung der französischen Dienstzeit. U. Zürich, 22. Dezember. Eine amtliche Note des französischen Ministerpräsidenten demontiert die Meldung, wonach die französische Militärbehörde eine Vorlage ausgearbeitet hätte, die eine Herabsetzung des Militärdienstes auf 1 Jahr vorsehe. Die in der französischen Presse darüber verbreiteten Nachrichten seien glatt erfunden.

Schwierigkeiten in den deutsch-schweizerischen Verhandlungen. U. Basel, 22. Dezember. Der „Nationalzeitung“ wird gemeldet, daß die zurzeit in Bern stattfindenden deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen auf Schwierigkeiten stoßen. Der Einfluß des inzwischen mit einem englisch-französisch-amerikanischen Konsortium abgeschlossenen, für die Schweiz günstigen Kohlenabkommens auf die jetzigen deutsch-schweizerischen Verhandlungen ist unerkennbar.

Neues deutsches Material. U. Paris, 22. Dezember. Die deutsche Mission der Friedenskonferenz hat drei Note überreicht. Die erste behandelt die Bedingungen für die Truppentransporte nach Inkrastreten des Friedensvertrages. Die zweite behandelt eine Frage, die zu Beginn der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Schiffahrtsgesellschaften gestellt wurde, und gibt genauere Angaben hinsichtlich der deutschen letzten Kreuzer. Die dritte teilt mit, daß die Nationalversammlung das von den Deutschen unterzeichnete Protokoll über die Unterdrückung des Artikels 61 der Reichsverfassung über die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland ihrerseits genehmigt hat.

Demonstration für die Republik in der italienischen Kammer. U. Rom, 22. Dezember. In der Kammer kritisierte der offizielle Sozialist Modigliani das völlige Versagen der auswärtigen Politik Italiens, namentlich der Fiume-Frage. Besonders scharf wurde er gegen die Verbündeten. Am meisten müsse man, so erklärte er, vor Amerika auf der Hut sein, das sich im Adriatischen Meere mit allerlei Plänen trage. Die beste Sicherung gegen imperialistische Pläne sei die Errichtung der Republik. Die Ausführungen des Redners lösten auf der äußersten Linken starken Beifall aus. Man rief: „Es lebe die Republik!“, während auf der äußersten Rechten Hochrufe auf den König ertönten. Ministerpräsident Nitti erklärte, daß die Mehrheit der Bevölkerung niemals eine gewalttätige Veränderung des Staates zugeben werde. Er schloß seine Rede mit dem Ausruf: „Es lebe der König!“ Auf der äußersten Linken rief man: „Es lebe die Republik!“

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Siebenter Nachtrag

zu der Verordnung über das öffentliche Fuhrwesen in Lübeck vom 10. April 1912.
(Veröffentlicht am 21. Dezember 1919.)

Bei Benutzung von Kraftmaschinen darf bis auf weiteres bei Fabriken in der Stadt und den Vorstädten zu dem im III. Nachtrag o. a. Verordnung vom 30. Januar 1917 festgesetzten Gesamtpreis ein Zuschlag von 400 % erhoben werden.

Der VI. Nachtrag o. a. Verordnung wird aufgehoben. Dieser Nachtrag tritt mit dem 22. Dezember 1919 in Kraft.

Lübeck, den 19. Dezember 1919. (12081)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
Die für diese Woche zur Ausgabe gelangenden Spielkette können schon von heute ab bei den Händlern entnommen werden.

Lübeck, den 22. Dezember 1919. (12082)

Das Landesverwaltungsamt.

Bekanntmachung.
Nr. 277/18. 19. AZSc. (Abm.) v. 17. 12. 19.

Ehemalige Geister und Deferenten der Klasse, die noch Erlaubnisse für unvergütet verloren gegangenes Geschäft zu haben glauben, müssen ihre Anträge — wenn noch nicht geschehen — spätestens bis zum 30. Dezember 1919 hierher einreichen.

(Einwandsfreie Unterlagen: „Auskunft der Dienststellen“ (Referent, Postmeisterin usw.) sind beizubringen. Anträge, die nach Jahreschluss eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.)

Antragsteller, die etwa derzeit bei Speditoren usw. untergestellte Sachen nicht erhalten haben, müssen ihre Anträge ebenfalls bis spätestens 30. 12. 19 hier anmelden. Hierzu ist gestattet, die Unterlagen erst dann beizubringen, wenn der Verlust der Sachen feststeht, jedoch spätestens bis 1. 3. 1920.

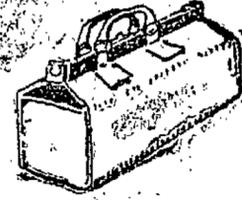
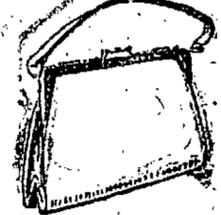
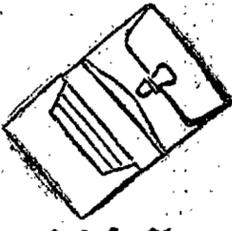
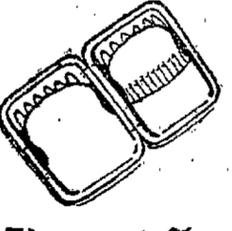
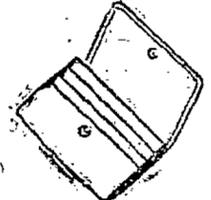
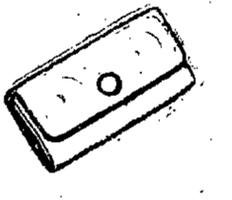
Altona, den 18. Dezember 1919.
Geibelstraße 1, Zimmer 193. (12016)

Bekanntmachung.
Antragsteller, die etwa derzeit bei Speditoren usw. untergestellte Sachen nicht erhalten haben, müssen ihre Anträge ebenfalls bis spätestens 30. 12. 19 hier anmelden. Hierzu ist gestattet, die Unterlagen erst dann beizubringen, wenn der Verlust der Sachen feststeht, jedoch spätestens bis 1. 3. 1920.

Altona, den 18. Dezember 1919.
Geibelstraße 1, Zimmer 193. (12016)

Wohnungsfrage der Kriegsbeschädigten Altona.

Festgeschenke von bleibendem Wert!

 <p>Kupfer-Koffer Ia. Verarbeitung, gute Qualität, mit extra starken Ecken von 195.00 an</p>	 <p>Reise-Handtaschen in vielen Ausführungen und Lederorten von 165.00 an</p>	 <p>Damen-Handtaschen feine Leder-Qualitäten, großes Format von 37.50 an</p>	 <p>Damen-Besuchstaschen in Leder, sehr aparte Farben und Formen von 38.50 an</p>	 <p>Briefstaschen Ia. Leder-Qualitäten, in vielen Macharten von 32.50 an</p>	 <p>Zigarrentaschen in vorzüglichen Leder-Qualitäten, kräftige Verarbeitung von 35.00 an</p>
 <p>Geldscheintaschen in Leder, für Damen und Herren von 7.50 an</p>	<p>Schul-Tornister für Knaben und Mädchen von 5.90 an Frühstückstaschen zum Umhängen, in vielen Ausführungen von 85 an Reise-Handtaschen u. Kupfer-Koffer in enorm großer Auswahl, von 5.90 an Markttaschen u. Verlängerungstaschen in Wachstuch, deutsch Vulkanfiber usw. von 2.65 an</p> <p>Rudolph Karstadt Lübeck</p>				 <p>Portemonnaies in vielen Lederorten, Formen und Farben von 7.50 an</p>

Lübecker Straßenbahn.

Jahrespreise ab 23. Dezember 1919:

20-Bis-Fahrtscheine gültig für	1 Zone
25	2 Zonen
30	3
35	5
40	7
45	9
50	11

Sämtliche Fahrtscheine können nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen benutzt werden, falls dies bei der Lösung ausdrücklich verlangt wird.

Die Beförderung von Gepäckstücken und Kindern kostet 20 Bfg. ohne Zonenbegrenzung.

Fahrtscheine für Schüler.

Bündel zu 15 Stück kosten Mk. 3.—, gültig nach entsprechender Kennzeichnung durch den Schaffner zum einmaligen Umsteigen, ohne Zonenbegrenzung.

Arbeiter-Wochenkarten.

Für Arbeiter bis zu einem Jahresverdienst von Mk. 2500.— bzw. einem Wochenverdienst von Mk. 50.— für wochentäglich 3malige Fahrt Mk. 2.40
4 4.30

gültig für einmaliges Umsteigen ohne Zonenbegrenzung. Die Arbeiter-Wochenkarten gelten nur für die Strecken, für welche sie gelöst werden.

Monatskarten für Schwartau, Altdorf und Schlutup für täglich zweimalige Fahrt Mk. 19.00
viermalige 32.00

Zur Beachtung!

Die noch vorhandenen Fahrtscheine, Fahrtscheinebündel, Wochen- und Monatskarten werden einseitig weiter benutzt, doch ändern sich die Werte folgendermaßen:

20-Bis-Fahrtscheine gelten jetzt für	1 Zone statt für	2 Zonen
25	2	3
30	3	5
35	5	7
40	7	9
45	9	11

Bündel-Fahrtscheine zu 15 und 20 Bfg., die noch im Besitz der Fahrgäste sind, können bis zum 31. Januar 1920 im Verwaltungsbüreau, Kochstraße 49a, gegen 25-Bis-Fahrtscheine umgetauscht werden.

Lübeck, im Dezember 1919. (12021)
Die Betriebsbehörde.
Böttg. Straßenbahn.

Für die Kinder und für die Alten!

Frauen und Männer der Freien Wohlfahrtspflege und aller Kreise der Einwohnerschaft haben auf Anregung des Wohlfahrtsamtes unter dem Namen

„Lübecker Wohlfahrtspende“

eine Organisation geschaffen, die neben der privaten Wohlfahrtspflege arbeiten wird an der Linderung der Not unter Kindern und Jugendlichen, unter Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, unter Arbeitsbeschäftigten und Renteneempfängern, in kinderreichen Familien und bei manchen Verwitweten, die ihre schwierige Lage nicht offenbaren können. Staat und private Wohlfahrtsvereine sind außerhande, diese dringend nötig gewordene Arbeit allein auf sich zu nehmen.

Die „Lübecker Wohlfahrtspende“ wendet sich deshalb an alle Einwohnerkreise des Freistaates mit der Bitte, mitzuhelfen und ihr unter besonderer Würdigung der obwaltenden außergewöhnlichen Umstände **Gaben in Geld** — kleinste und große — zuzuführen.

Das bevorstehende Weihnachtsfest gibt der Wohlfahrtspende Veranlassung, zunächst aufzurufen zur Hilfe für die Kinder und für unsere Alten.

Die Verwaltung der „Lübecker Wohlfahrtspende“ wird von einem Ausschuss wahrgenommen, der sich aus Vertretern der Geber und der freien Wohlfahrtspflege zusammensetzt.

Die Not ist erschreckend! Helft!

Gaben nimmt jede Bank auf Konto „Wohlfahrtspende“ entgegen und die Geschäftsstelle, Königstraße 19, Fernruf 8744.

Der Arbeitsauschuß.

Oberlehrer Bergermann; Frau Elisabeth Bierkamp; Kaplan Büttel; Hauptpostler Denker; Redakteur Haase-Lampe; Geschäftsführer John; Frau Olga Koch; Lehrer Hans Lange; Dr. Lassen; Direktor Dr. Link; Generaldirektor Dr. Neumark; Zahnarzt Rothschild; Zimmerer Schmidt; Rektor Stampa, Schintup; Rat Dr. Stork. 12015

Aufruf für Wien!

Die Not in Wien ist so furchtbar geworden, daß ein großer Teil der Bevölkerung gefährdet ist. Nur schleunige Hilfe kann vielleicht noch dem unmittelbar drohenden Hungertode vieler Tausende von Kindern abzuwehren.

Überzeugt, daß auch in Lübeck für die bedauernswerte Lage der deutschen Brüder das wärmste Mitgefühl regt ist, wenden wir uns an die Öffentlichkeit mit der herzlichen Bitte, schnell und reichlich zu geben. Freundliche Spenden werden von allen Banken auf Konto „Geldaktion für Wien“ und außerdem vom Oesterreichischen Konsulat, Bederstraße Nr. 16, entgegen genommen.

Strengste Zensuren entbehrliger Brotkrumen oder Kaffeebrotkrumen werden vom hiesigen Konsulat gern empfangen.

Oesterreich. Konsulat Sackau. Bürgermeister Dr. Fehling, Senator Kulenkamp, Senator Dr. Neumann, Senator Hoff, Senator Dimpker, Geheimrat Dieckhoff, Oberbürgermeister Christensen, Präses Hermann Eichenburg, Senior Giers, Raurat Direktor Dr. Fischer, Obersekretär Otto Gerlich, Vorsitzender des Hilfsvereins, Direktor Dr. Hartwig, Konsul W. Heinemeier, Pastor Jannasch, Julius Klein, Hauptpastor Lütge, Generaldirektor Dr. Neumark, Direktor Prof. Dr. Rosenthal, Prof. Dr. Schäfer, Direktor Dr. Schwarz, Pastor Stahl-Schmidt, Direktor Dr. Stödtte, Konsul Carl Tesdorpf, Kabinier Wassermann, Ernst Welle, Schulfrau Dr. Wycharam. (12026)

Warnung!

Warne jeden, sein Gebiß fortzuwerfen. Noch nie dagewesene Preise für alte Gebisse zahle ich am Montag, dem 22. Dezember von 9-6 Uhr und am Dienstag, dem 23. Dezember von 9-5 Uhr in Lübeck Hotel Weidanteller, Obertrave 5 Zimmer 14. Gewöhnlicher Platinzahn 3.50-6.50 Mk. Plattenzähne bis 80.— Mk. (12028) für Blatin (Brennweite) nach Gewicht den jetzigen außerordentlich hohen Preise. Ludwig.

Lübecker Heimatkalender

Für den Weihnachtstisch! 1920 Für Lübecker in der Fremde!
Preis 2,20 Mark. 12019

la. Jamaika-Rum-Verschnitt

• Apfelwein • 12051

Lübecker Weinhaus Otto Voigt

Fernspr. 1021. Fleischhauerstr. 14.

Vem

Rein überseeischer vorzüglicher Rauschbrannt, Mittelwandel, für 1/2 Liter Mk. 2.75. Zigarren in gr. Auswahl. Probebestellung führt zu dauernder Beschaffung. Versand nach Mecklenburg, Brandenburg, Pommern. (12013)

Hasenfelle

Kanin-, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Wildfelle, Pferde- u. Kuhhaare. Kauf stets zu den höchsten Tagespreisen.
D. Wagner
Postfach 8. (12018)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Die in der Mitteilungsverammlung am 19. d. M. bewilligte Weihnachtsunterstützung an diejenigen Mitglieder, die der Invalidenklasse (10 Pf. Beitrag) angehören, muß unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches am Dienstag, dem 23. und Mittwoch, dem 24. d. M. in unserm Bureau von 11-1 Uhr abgegeben werden. (12048)
Die Ortsverwaltung

Empfehle mich als Masseur

in und außer dem Hause. (12036) Gr. Bauhof 7 IL

Gelegenheitslauf.

Sehr. Damen- u. Herrenuhren Schweizerwerke Feinbearbeitung, fast neu, unter Garantie.
Kauf, macht. Verkaufstraße 26.
Ab Fabrik Schwarzwaldbad. Salon-Bauhof, West. u. Süd. Kranzige in allen Größen zu billigst. Preisen.
Reparaturwerkstatt.
Matern, Uhrmacher
Bederstraße 26. (12022)

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit, Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt. 12009



Zufachen beweisen es, daß Sie viel Geld sparen, wenn Sie Ihren Bedarf an Musikinstrumenten sowie Reparaturen machen bei
A. M. Flügel,
obere Aegidienstraße 9,
am Klingenberg.
Daher selbst einzugige u. größte Werkstatt mit Kraftbetrieb dieser Branche am Platze.
Lieferant hiesiger u. auswärtiger Militär- u. Zivilkapellen. (12064)

Verkauf

einzelner Paare v. Hausuhren, Stiefeln, Bauhülsen und Kinderholzpantoffeln
am Dienstag, dem 23. Dezember von 9 bis 3 Uhr
Königsstr. 19, Zimmer 1, Erdgesch.

Günstiges Weihnachtsangebot!

Zigaretten in allen Preislagen,
Zigarren von 65 an bis 1,30 Mk.
Tabak, rein Uebersee, 100 gr 5,25 Mk.
Dän. Kautabak, Paket 3,50 Mk.
Konfitüren u. Schokoladen sehr preiswert.
Tannenbaumlichte Stck. 45 an.
Bendfeldt & Jürss.
Mühlentstraße 89. (12050) Tel. 3727.

Aus dem Parteileben.

Friedrich Adler gegen Trojky. In der Wiener Sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Kampf“ (Nr. 37 vom 13. Dezember) veröffentlicht Friedrich Adler einen offenen Brief an Trojky. Er knüpft daran an, daß nach Zeitungsnachrichten auf Antrag Trojky's ihm (Adler) die früher verliehene „Ehrenmitgliedschaft des russischen Sowjetkongresses“ aberkannt worden sei und stellt fest, daß sie beide überhaupt wenig voneinander wüßten. Er wirft sowohl Trojky als auch Lenin vollständige Verstandlosigkeit den deutschen und österreichischen Berggäulen gegenüber vor und spricht die Befürchtung aus, daß sie auch die Lage in Rußland nicht richtig beurteilen. Adler bekennet sich als Gegner des Bolschewismus und erklärt, daß die Bolschewisten durch die der österreichischen Revolution ermiesene Geldunterstützung der revolutionären Sache nur geschadet hätten — denn nicht eine Partei suchte das Geld, das aus Rußland kam, sondern für dieses Geld wurde durch Abspaltung eines Teiles der Sozialdemokratie erst eine Partei geschaffen.

Die Vorbereitungen für den internationalen Sozialistenkongress in Genf. Zu Beginn voriger Woche hat in London eine Sitzung der in Bern gebildeten internationalen sozialistischen Kommission stattgefunden, in welcher die für den internationalen Sozialistenkongress in Genf, der voraussichtlich im Februar 1920 zusammenzutreten wird, zu treffenden Maßnahmen besprochen wurden.

Sozialdemokratischer Lehrerverbund im Saarland. Eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen des Saarlandes hat sich aufgetan. 17 Volksschullehrer, 1 Lehrerin und 1 Oberlehrer gehören ihr bisher an. Ein soeben erlassener, mit Angriffen auf die Zentrumsparthei geimpfter Aufruf fordert die völlige Weltlichkeit der Schule und verflucht den unerbittlichen Kampf gegen Klerikalismus und gegen dogmatische Weltanschauung.

Arbeiterbewegung.

Der Tarifvertrag im Versicherungsgewerbe. Der am 12. Mai 1919 abgeschlossene Reichstarifvertrag für die Angehörigen der privaten Versicherungsunternehmungen ist vom Reichsarbeitsminister am 12. Dezember für die privaten Versicherungsunternehmungen einschließlich der Verwaltungs- und Provisionsgeneralagenturen für das Gebiet des Deutschen Reiches rückwirkend ab 1. Juli 1919 für allgemein verbindlich erklärt worden. Laut Reichsbescheid des Reichsarbeitsministers vom 13. Dezember bleiben alle Bestimmungen jenes Tarifvertrages als allgemein verbindliches Arbeiterrecht zunächst unberührt von der Kündigung des Vertragsverhältnisses zwischen den Vertragsparteien in Kraft.

Streit im Opern- und Schauspielhaus in Hannover. Im Opern- und Schauspielhaus in Hannover sollte Freitag im Sonder-Abonnement „Siegfried“ aus Wagners „Der Ring des Nibelungen“ gegeben werden. Nachdem der erste Akt des Wertes programmäßig verlaufen war, weigerten sich die Bühnenshilfsarbeiter, die Dekorationen zum zweiten Akt aufzubauen. Verhandlungen blieben erfolglos. Nach einer längeren Pause mußte die Vorstellung abgebrochen werden.

Vom Aufstieg der Gewerkschaften. Die Auflage des „Tabelle“ hat eine Höhe von über 70 000 erreicht. Da nach früheren Berechnungen die Zahl der Verbandsmitglieder durchschnittlich 8 bis 10 Prozent höher ist als die Auflage der Verbandszeitung, kann heute mit einem Mittelstande von über 75 000 gerechnet werden; davon sind mindestens 55 000 weibliche. Damit hat der Verband in diesem Jahre um rund 40 000 Mitglieder, darunter 30 000 weibliche, zugenommen.

Gerichtssaal.

Berurteilung eines deutschen Offiziers in Kobiens.

Die „Cologne Post“ meldet aus Kobiens: Vor dem obersten amerikanischen Kriegsgericht hatte sich der Offizier Hans Zuh von dem in Münster i. W. stehenden Reichswehrregiment Nr. 15 zu verantworten, weil er in seiner Eigenschaft als Mitglied des Empfangsausschusses für die aus den amerikanischen Lagern zurückkehrenden Kriegsgefangenen innerhalb des besetzten Gebietes Rekruten für das deutsche Heer angeworben habe. Der Angeklagte gestand die ihm zur Last gelegten Straftaten ein, die eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen bedeuten. Er erklärte jedoch, daß er nach

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

67. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Frau Horstmanns Verhältnis zu Holleder hatte sich schon im Laufe des Winters getrübt. Berts Arbeitsenthusiasmus war nach kurzer Zeit verfliegen. Er fand es stumpfsinnig und seiner unwürdig, Mietkasernen zu bauen, und überließ das ganze Geschäft seinem Kompagnon. Den erhöhten Kredit, den er durch Annas Hilfe erlangt hatte, benutzte er nur, um neue Schulden zu machen. Er warf das Geld zum Fenster hinaus und führte ein lustiges Leben.

Anna war unglücklich darüber. Sie, die die letzte war, in der das Wort der Frau Holleder: „Wenn Bert nur wollte!“ noch immer lebte, konnte nicht begreifen, wie er seine Kräfte auf so kindische Weise vergeudete. Sie wollte nicht einsehen, daß sie sich in ihm getäuscht habe, daß er wirklich nicht anders war, als er sich für gewöhnlich gab: ein oberflächlicher, auf das Amusement des Augenblicks bedachter Mensch. Sie kam nicht dahinter, daß die innerlichen Schwäche, die Seelentiefe, die Roblesse, die Genialität, von denen er manchmal, wenn er Kassenhammer hatte, in unbedeutlichen Ausdrücken sprach, nicht vorhanden waren. Der Glaube an seine Zukunft, der inbrünstige Wunsch, ihm den Weg zu Erfolgen zu ebnet, diese hingebende Liebe zu ihm, die blind war, weil sie freiwillig die Augen schloß, waren ihr letzter Halt in der aufgeregten Existenz emaner jagender Vergnügungen, die alle überhöht und gewaltig, nur den einen Zweck hatten, sie in einem Zustand feierlicher Trunkenheit zu halten, und denen doch immer Angst und Gewissensbisse folgten.

Aber es schien, als wenn gerade ihre Fürsorge seine Leidenschaft abkühlte. Wenn sie ernsthaft mit ihm sprach, hing er an zu gähnen. Wenn sie ihm Vorwürfe machte, wurde er groß.

„Ja, ja, beim heiligen Sebastian, ich will mich ja bessern! Ich will ja tun, was du sagst. Aber nun sei auch erblütig still! Die Menschen finden mich nett und reizend, nur du hast immer zu mäkeln. Das ist wirklich unausstehlich.“

Und als sie fortfuhr, ihm Vorwürfe zu machen, ließ er sich tage lang überhaupt nicht bei ihr blicken. Von ihrem Exterieur aus bemerkte Anna, wie er unten auf der Straße vorbeiging, ohne sie zu sehen, und in das Haus der Frau Oswald eintrat. Sie litt Eifersuchtswunden, und als er endlich wiederkam, gab sie sich zufrieden und nahm ihn, wie er war. Ob er sie betrog, ob er ein unwürdiges Leben führte, danach fragte sie nicht. Wenn sie ihn nur sah, wenn er nur bei ihr war!

der Anweisung seines Vorgesetzten, des Oberleutnants v. Gelscher vom Reichswehrkommando Münster, gehandelt habe. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe.

Reich und Ausland.

Brandkatastrophe. In Auchen bei Ratibor (OS.) brannte die furchtlich brennensfähige Flachschwingerei nieder. Der Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, beträgt mehrere Hunderttausend Mark. Durch Umstellung des Betriebes wird die Flachschwebenfabrikation aufrecht erhalten werden.

Der Löwe ist los! Am Freitagabend die sogenannte „Kämpfende Jugend“ in Leipzig im Zoologischen Garten eine Protestversammlung gegen den Schund in Wort und Bild abhalten wollte, erscholl plötzlich der Ruf: „Ein Löwe ist los!“ Während einer gleichzeitig stattfindenden Ainoaufnahme war ein Löwe ausgebrochen. Es entstand ein starker Tumult, da die Versammlungsteilnehmer glaubten, es liege eine beabsichtigte Störung durch die Filmhospitiere vor. Der Löwe, der sich hinter der Bühne versteckt hatte, wurde ohne weitere Schwierigkeiten eingefangen und in den Käfig zurückgebracht.

Explosion eines Blindgängers. Bei einem Übungsschießen in Kockow bei Stettin, das von Soldaten des Pommerischen Reichswehr-Infanterieregiments 3 abgehalten wurde, explodierte der Blindgänger einer Mine, wobei drei Soldaten getötet und fünf schwer verletzt wurden.

Eine neue Petroleumquelle im Elß. Der „Figaro“ meldet die Entdeckung einer neuen bedeutsamen Petroleumquelle im elßischen Erdstrevier von Reckenbronn. Das tägliche Erträgnis dieser Quelle beträgt 30 Tonnen. Sie liegt verhältnismäßig günstig, da nur 435 Meter unter der Erde.

Eine deutsche Fliegerbombe in Paris gefunden. Bei der Reinigung eines Wasserbassins des Medici-Springbrunnens des Luxemburger Gartens in Paris wurde eine nichtexplodierte deutsche Bombe gefunden, die vermutlich bei den Bombenflügen der Gotha-Flugzeuge über Paris abgeworfen wurde.

Ein deutsche Torpedoboot ohne Besatzung ist bei Kōbōland in der Nähe von Nippon an Land getrieben.

Der größte Goldklumpen der Welt. Brüsseler Zeitungen melden, daß nach einem aus Libreville eingetroffenen Telegramm auf einer Kupfergrube in Belgisch-Kongo soeben ein „Goldnugget“ aufgefunden wurde, dessen Nettogewicht nicht weniger als 132,9 Unzen beträgt und der damit den größten Goldklumpen der Welt darstellen dürfte.

Explosionsunglück. Im Festungs-Arsenal auf Neu-Zerleu entstand eine Explosion, der ein Brand folgte. Der Gesamtschaden wird auf eine Million 400 000 Dollars geschätzt. Ein Mann wurde getötet, vier verletzt.

Der Sturm auf dem Atlantischen Ozean. Das „Haitar“ läßt sich „Neuter“ labeln: Der englische Dampfer „Maurman“ ging am 18. Dezember morgens mitten im Atlantischen Ozean unter. 43 Personen sind ertrunken. — Neun transatlantische Dampfer mit ungefähr 10 000 Passagieren an Bord kamen in Neuport an. Sie waren ganz mit Eis überzogen. Beinahe alle Dampfer erlitten mehr oder weniger Havarien. Man kann sich nicht erinnern, innerhalb eines Zeitraumes von 40 Jahren einen solchen Sturm auf dem Atlantischen Ozean erlebt zu haben.

500 Personen ertrunken. „Lloyd's“ wird aus Saigon gemeldet, daß der britische Dampfer „Lionsing“ auf der Höhe von Paracels untergegangen ist. Der Dampfer hatte außer der Besatzung 530 Passagiere an Bord; nur 37 Eingeborene konnten sich retten.

Theater und Musik.

Zu Franz Abts 100. Geburtstag. (22. Dezember.) Von allen vollstimmigen deutschen Komponisten ist Franz Abt der in den breiten Schichten bekannteste und beliebteste geworden. Er war aber dafür auch ein ganz eigener Musiker. Das Volkslied war für ihn nicht eine zufällig aufgegriffene Kunstgattung, sondern aus seinem Gemüt wuchs geradezu ein neues Zweiglein hervor, an dem nach und nach eine Umengung einfache, schlichte, weithin ansprechende Lieder reichten, die in ihrem Stil und der Klarheit ihrer Wirkung lediglich auf die Persönlichkeit Abts zurückzuführen sind. Diese Ursache ihrer Wirkung war ein unverkennbares Etwas, das eher durch die Bezeichnungen „populär“ als vollständig getroffen wird und schon einen kleinen Stich ins Fläche trägt. Andererseits aber

hat Abt, im Gegensatz zu solchen Komponisten, die das Fläche des billigen Erfolges wegen anbieten, stets eine vollkommen kunstgerechte, niemals oberflächliche oder gar liebliche Arbeit geleistet. Sein Chorlag war musterhaft korrekt — daher auch der Wohlklang — und nicht ohne originelle, persönliche Wendungen in der Stimmsführung. Das mag damit zusammenhängen, daß Abt, im Gegensatz zu den „populären“ Komponisten der Gegenwart, stets Stellungen besetzt hat, die einen ganzen und künstlerisch nicht unbedeutenden Muster verlangten. Ursprünglich zum Theologen bestimmt, beluchte er die musikalisch-rhetorische Thomasschule in Leipzig. Aber bald fand man ihn als Dirigenten an der Spitze eines „philharmonischen“ Studentenvereins, und zugleich kamen auch seine ersten Kompositionen heraus. Als zwelundwanzigjähriger wurde er Musikdirektor am Hoftheater zu Bernburg; gerade keine überragende Stellung, aber sie ließ ihm, was für ihn weit wichtiger war, Zeit zum Komponieren. Gegen Ende desselben Jahres (1841) noch paarte er abermals sein Können und zog mit einer ansehnlichen Rolle Manuskripte unterm Arm in Zürich ein. Hier wirkte er über 11 Jahre als Dirigent der Abonnementskonzerte der Allgemeinen Musikgesellschaft und als Musikdirektor des Mitten-Theaters. Die langesraubigen Schweizer waren so recht die Umgebung, die Abt sich wünschen konnte. Für sie hat er unzählige Lieder, Männerquartette und Männerchöre geschrieben. Auch Richard Wagner weckte zu jener Zeit in Zürich und hat offenbar in einem mindestens freundlichen Verhältnis zu dem jungen, fleißigen Liederkomponisten gestanden, denn am 20. Juli 1850 bittet der Meister Franz Liszt in einem Briefe, für den Musikdirektor Abt zu der berühmten ersten Weimarer Lohengrin-Aufführung einen Platz zu bestellen und erinnert in einem weiteren Briefe vom 16. August 1850 nochmals daran. Elf Jahre verbrachte Abt in fruchtbarer Arbeit in Zürich, dann wurde er (1852) nach Braunschweig als Hofkapellmeister berufen, das er erst 1882, als er nach 30jähriger verdienstvoller Tätigkeit pensioniert wurde, verließ. In den letzten drei Lebensjahren im liebreichen Rheinfland in Wiesbaden, zu verbringen. Seine Lieder haben die ganze Welt erobert; zumal überall, wo Deutsche wohnen, sind mindestens „Wenn die Schwärzen heimwärts ziehen“ und „Gute Nacht, du mein herzliches Kind“ gesungen worden. Für alle möglichen Gesangsumstellungen hat er geschrieben und bearbeitet, vom großen Chorwerk mit Orchester bis zum einfachen Volkslied. In wohl jedem Männerchorrepertoire sind Abtsche Lieder zu finden. Auch eine Gesangschule und Gesangsübungen hat er hinterlassen. Der Höhepunkt seiner Triumphe war die ausgedehnte Amerikafahrt im Jahre 1872, wo er auf Einladung der großen deutschen Männergesangsvereine eine Reihe ihm gewidmeter Festaufführungen leitete. Er war kein Meister, aber ein Liebhaber des einfachen Mannes.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Kurze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Tarifangelegenheit.

Die in den letzten Tagen stattgefundenen fünf großen Versammlungen der kaufmännischen Angestellten Lübeds haben das Ergebnis gezeitigt, daß z. B. in bezug auf die Verheirateten sich deren Höchstgehalt nach dem am 1. Januar 1920 in Kraft tretenden neuen Tarif auf 550 Mark pro Monat stellt. Die Mehrzahl der in städtischen Bureaus beschäftigten verheirateten Angestellten, welche z. B. 3 Familienmitglieder zu unterhalten haben, beziehen zurzeit ein weit unter obigem Satz stehendes Gehalt. Wie allgemein verlautet, soll ab 1. Januar 1920 auch für die lübischen Beamten, nach deren Tarif die mit ihnen arbeitenden Angestellten bisher besoldet wurden, ein neuer Tarif in Kraft treten. Dem Einkommen dieses ist es nun nicht recht verständlich, weshalb über diese Angelegenheit ein solches Dunkel schwebt und eine Verbesserung der Lebenslage der lübischen Beamten und Angestellten nicht in einer öffentlichen Versammlung zur Besprechung gelangt, wie solches derzeit in der Frage der Beschäftigungsbeihilfe der Fall war. Im Interesse vieler möchte ich nur mündlich und hoffen, daß diese Zeilen zu einer möglichst noch vor Ende dieses Monats von Seiten der Beamtenkommission des Staates einuberufenen Versammlung lübischer Beamte und Angestellte beitragen. Der Kommission dürfte der Dank hierfür sicher nicht ausbleiben. Die eingangs erwähnten Versammlungen bieten in der beregten Angelegenheit ein leuchtendes Beispiel. Wenn den Mitgliedern des Senats eine Zusage von 10000 Mark genehmigt werden soll, werden sie eine Gehaltsaufbesserung auch bei den lübischen Beamten und Angestellten gewiß nicht unberechtigt erscheinen lassen.

Ein im städtischen Bureau Beschäftigter.

Der Brief des Direktor Häpfer wirkte in Düsseldorf wie der Ruf: „Vollzeit“ auf eine Verbrechergesellschaft. Selbst Frau Regierungsrat verlor im ersten Augenblick den Kopf. Sie wollte zum Geheimrat Zimmer laufen und ihn beschwören, mit der Aufhebung seiner ganzen Autorität diesen Besuch zu unterlagen. Aber sie besann sich schließlich eines Besseren. Anna mußte den Wunsch des Arztes unbedingt erfüllen, ein Widerstreben würde den Verdacht der Lieblosigkeit erregen. Aber sie hatte gut reden, ihre Tochter gab nur die Antwort: „Wenn Gustav zurückkommt, meinnetwegen! Ich kanns nicht ändern. Aber hingeh!...“ Und sie bedeckte schauernd ihre Augen, wie um sich vor der Vorstellung von etwas Schrecklichem zu retten.

Schließlich, nachdem mehrere Tage mit Hin- und Herstreiten verstrichen waren, hat Frau Düsselbach Holleder, ihrer Tochter zuzureden. Als dieser versprach, Anna nach Romanshausen zu begleiten, willigte sie endlich ein. Die Aussicht, ihren Geliebten zwei Tage lang ganz für sich zu haben, ohne den arbeitsreichen Augen ihrer Tochter ausgefüllt zu sein, ließ sie fast das Ziel der Fahrt vergessen. Als Lotti am Vormittag von der Reise, die man ihr verheimlicht hatte, hörte, hat sie, mitfahren zu dürfen. Aber Frau Horstmann schlug es ihr ab; Lotti flüchte sich. Anna bestieg den Wagen, ohne ihr noch einmal Adieu gesagt zu haben. Sie sah schon im Rupee, als sie ihre Tochter aufgeregt und ängstlich den Zug entlang laufen sah. Im letzten Augenblick, während die Maschine bereits ihre ersten schwerfälligen Atemzüge ausstieß, sprang Lotti auf das Trittbrett und drückte ihr einen Brief in die Hand.

„Für Papa!“

Und ein Blick voll unaussprechlicher Angst und Qual traf Anna, daß sie unwillkürlich erschrak.

Auf der nächsten Station lag Bert zu ihr ein, der bis dahin in einem anderen Wagon gesessen hatte. Ihre erste Frage war, ob da junge Mädchen ihn bemerkt habe?

„Ich habe sie gesehen. Was hat denn das Wurm auf dem Bahnhofs verloren? Die möchte wohl pionieren. Natürlich habe ich mir sofort die Kölnische vor die Nase gehalten. Sie hat mich unmöglich erkannt.“

Frau Horstmann reichte ihm den Brief, der nichts Verdächtigtes enthielt. Sie wollte ihn zerreißen, aber er sagte:

„Worum? Gib ihn deinem Mann! Das macht einen guten Eindruck.“

Während Anna ihren Kopf an seine Brust legte, leicht gemiegt auf der schaukelnden Rissen, umfächelt von dem kühlen Luftstrom, der durch das offene Fenster hereinströmte, verlor sie allmählich ihre Angst.

Ihn, als echten Rheinländer, stimmte schon der Gedanke an diese Rheinreise vergnügt. Zu Haus hatten ihn noch im letzten

Augenblick die gräßten Unannehmlichkeiten bestürmt, ein sadistischer Brief von seinem Kompagnon, der ihn zum dritten Male hat, endlich auf dem Bureau zu erscheinen, ein Pferdejuden, dem er einen Gaul abgekauft hatte, und der Zahlung verlangte — aber sobald Bert im Zuge lag, war dieser Kerger verfliegen, zum Fenster hinausgeweht, schneller als der Dampf seiner Zigarette.

Abends kamen die beiden in Bonn an. Am nächsten Tag bestiegen sie gegen elf einen Salonwagen. Die Luft dieses Septembermorgens war klar und goldig wie alter Wein. Noch lagen die Waldhügel in bläulichem Nebelganz, der sie zu kompakten Massen formte. Das Gelblich flatterte in kurzen Stößen unter dem sinkenden Winde. Der kühl, würzige Hauch drang ihnen tief in die Lungen, ihr Inneres mit Lebenslust und Fröhlichkeit füllend. Bert entwickelte einen Niesenappetit. Ohne aufzuheben, verzehrte er das Frühstück, das für sie beide bestimmt war. Anna schaute ihm zu, wie hypnotisiert von ihm, ein wenig blaß, mit unruhigen, matten Augen, aber lächelnd in dieser stillen, dankbaren Zärtlichkeit, die aus dem Frieden der Seele kommt. Immer wieder fragte sie sich, woher es kam, daß sie diesen Menschen so liebte? Woher er tun, was er wollte, essen, lachen, schlafen, kitzeln hatte sie das Gefühl: ich gehöre ihm, ich bin sein eigen. Während das Schiff unauffällig die grauen Wassermaßen durchschnitt, dachte sie nicht daran, wohin es seinen Lauf nahm. In rascher Folge tauchten all die reizenden Ortscapellen, und über grünen Weinbergen, schwarzem Felsgeröll und breiten Eichenwäldern die verfallenen Burgen und Schlösser auf. Der Dampfer kreuzte den Strom, bald an diesem, bald an jenem Ufer anlegend. Sie hatten gerade in Lahmersdorf gehalten, wo nur ein Dregeldreher einstieg, als Bert mit vollem Munde sagte:

„Nach dich zurecht, Schatz! Die zweitnächste Station ist Romanshausen.“

Anna fuhr aus ihren Träumereien auf. Ihre Stirn hatte sich plötzlich in Falten gezogen, und das verklärte Lächeln war aus ihrem Gesicht verschwunden. Noch einmal hielt das Schiff am jenseitigen Ufer, dann dampfte es auf das Schiff zu, das in großen Buchstaben den Namen Romanshausen trug. Als sie die Brücke überschritten, wollte Bert sich vorzichtshalber von ihr trennen, so wie sie es ausgemacht hatten. Aber sie hat:

„Gib mir den Arm! Am liebsten kehre ich wieder um.“

„Was fällt dir ein?“ sagte er. „Nur Mut, in zwei Stunden ist alles erledigt. Uebrigens siehst du aus wie die leidhaftige Mater dolorosa.“

Dann lächelte er, küßte unmerklich den Hut und schlenderte behaglich preisend am Ufer entlang, während Anna sich in den verabschiedeten Bahnhof begab, um einen Wagen zu bestellen.

Fortsetzung folgt.

